

DIE REAKTION DER SCHWEIZ AUF DEN VORSCHLAG
EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSKONFERENZ
ENDE DER SECHZIGER JAHRE (1969/70)

Philip Rosin

Das Eidgenössische Politische Departement (EPD) reagierte im Jahr 1969 mit Zurückhaltung auf den Vorschlag einer Europäischen Sicherheitskonferenz, aus welcher später die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgehen sollte. Grundbedingungen für eine allfällige Teilnahme waren aus Sicht der Schweiz die Vereinbarkeit mit der Neutralität und die Teilnahme der USA zur Wahrung des Mächtegleichgewichts in Europa. Die Berner Diplomaten bewerten die Entspannungspolitik mit Skepsis, wie sich beispielsweise in Gesprächen mit der österreichischen Regierung zeigte. Im Dezember 1969 setzte das EPD eine interne Arbeitsgruppe unter der Leitung von Rechtsberater Rudolf Bindschedler ein, die im Juli 1970 einen umfassenden Bericht vorlegte. Darin wurde die Teilnahme der Schweiz insgesamt befürwortet und als Ziele die Anerkennung der Neutralität und die Ausarbeitung eines Verfahrens zur friedlichen Streiterledigung benannt. Der Bericht der Arbeitsgruppe bildete auch die Grundlage für die innenpolitische Diskussion. In der Sommersession des Jahres 1970 mußte der Bundesrat als Antwort auf zwei Interpellationen erstmals auch gegenüber den eidgenössischen Räten zum Konferenzprojekt Stellung beziehen.

Die Beteiligung an der KSZE bot der Schweiz Anfang der Siebziger Jahre mehrere Vorteile. So konnte sie ihre politischen und wirtschaftlichen Kontakte nach Osteuropa intensivieren und dem Vorwurf einer zu starken Ausrichtung auf die EWG entgegenwirken. Darüber hinaus kam der KSZE auch eine wichtige Ersatzfunktion für die Nichtmitgliedschaft in der UNO und für die Abwesenheit vom europäischen Integrationsprozess zu. Insgesamt war die Haltung der Schweiz zum Konferenzvorschlag in den Jahren 1969/70 von Zurückhaltung und Ambivalenz gekennzeichnet, ohne sich jedoch einer Teilnahme grundsätzlich zu verweigern.